

# Doppelhaushalt verabschiedet

Ratsmehrheit stimmt für Vorschläge der Vierer-Koalition

■ Von Malte Samtenschnieder

Bad Oeynhausen (WB). Mit großer Mehrheit hat der Rat der Stadt Bad Oeynhausen gestern Abend einen Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011 inklusive Haushalts-sicherungskonzept beschlossen. Neben Einsparungen von einer Million Euro im Jahr 2010 und weiteren zwei Millionen Euro im Jahr 2011 sind im nächsten Jahr Steuererhöhungen von 310 000 Euro geplant.

Mit dem Beschluss folgte die Ratsmehrheit dem Entwurf des Doppelhaushaltes von Kämmerer Marco Kindler nebst einer Veränderungsliste der Vierer-Koalition. Außer SPD, Grünen, FDP und Unabhängigen Wählern stimmten auch die Linken für den Vorschlag des Vierer-Bündnisses. CDU und BBO lehnten das Konzept ab. Mit 26 Ja- zu 18-Neinstimmen wurde es dennoch beschlossen.

Der Abstimmung über den Doppelhaushalt war eine lebhafte Debatte vorausgegangen. Diese eröffnete Kurt Nagel (CDU) als Vorsitzender der größten Ratsfraktion. Er kritisierte den Entwurf von SPD, Grünen, FDP und Unabhängigen Wählern scharf. »Der Doppelhaushalt bestätigt sich als völlig substanzloser Populismus«, stellte Kurt Nagel fest. Indem Kämmerer und Bürgermeister über das Haushaltsjahr 2011 nicht mehr »Planung«, sondern »Ansatz« geschrieben und das Haushaltssicherungskonzept nach den Beschlüssen der Koalition vom Juli fortgeschrieben hätten, hätten sie einen Offenbarungseid geleistet.

Der von der Koalition geplanten Anhebung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer A und B trat Kurt Nagel energisch entgegen. »Strukturell haben wir kein Einnahmenprob-



Dank zunehmender Steuereinnahmen füllt sich die Stadtschatulle derzeit ein wenig. Um die Finanzlöcher im städtischen Haushalt zu stopfen, reichen die Zuwächse nicht aus. Foto: Gerd Altmann / pixelio.de

lem, sondern ein Ausgabenproblem. Wir müssen endlich begreifen, dass es nicht unsere Aufgabe ist, stetig Steuern und Abgaben zu erhöhen, sondern, dass nach den fetten nun die mageren Jahre dran sind«, erläuterte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Dr. Olaf Winkelmann (SPD), Vorsitzender der größten Fraktion der Koalition, verteidigte die Vorschläge des Vierer-Bündnisses. »Es gibt durchaus auch Risiken im Doppelhaushalt 2010/2011 aufgrund fehlender Kennzahlen von Land und Kreis«, sagte der Sozialdemo-

krat. Die beginnende wirtschaftliche Erholung spreche aber dafür, dass es richtig gewesen sei, keine überhassteten Haushaltsbeschlüsse getroffen zu haben. Dadurch hätte laut Winkelmann viel Porzellan zerschlagen werden können.

»Wir werden die Hebesätze nur um 50 Prozent dessen erhöhen, was die Verwaltung vorgeschlagen hat«, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Dies geschehe zum einen, um die wirtschaftliche Erholung nicht zu bremsen, und zum anderen, um die Kaufkraft im Portemonnaie der Bürger zu halten. Die Mindererinnahmen von etwa 310 000 Euro jährlich sollten durch ergänzende Maßnahmen aus noch abzuarbeitenden Prüfaufträgen aufgebracht werden.

»Die Konsolidierung der städtischen Finanzen wird für eine lange Zeit eine Herkulesaufgabe des politischen Wirkens bleiben«, ergänzte Dr. Volker Brandt (Grüne). Mit dem Doppelhaushalt stelle sich die Koalition den Erfordernissen der nötig gewordenen Haushaltssicherung.

»Wir werden auch darauf achten, dass künftig jeder Haushalt vor Beginn des Haushaltsjahres verabschiedet wird«, sagte der Fraktionsvorsitzende.



Dr. Olaf Winkelmann (SPD) will Gewerbe- und Grundsteuer nur moderat erhöhen.



Kurt Nagel (CDU) lehnt die Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuer ab.



Andreas Korff (Linke) meint das Steuererhöhungen derzeit unumgänglich sind.

»Die augenblickliche und künftige Finanzlage der Stadt gibt keinen Grund zum Jubeln«, erklärte Wilhelm Ober-Sundermeyer. Der zu verabschiedende Haushalt sei ein Haushalt der Zuversicht und der Hoffnung. Er funktioniere nur, wenn die Wirtschaft anspringe, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende.

Thomas Heilig (Unabhängige Wähler) machte deutlich, dass ihm insbesondere die Schul- und Berufsausbildung junger Menschen am Herzen liege. Reiner Barg (BBO) warnte vor einer Lagerbildung, bei der der eine dem anderen vorwerfe, was er alles falsch mache, und sich selbst gleichzeitig lobe, für alles, das er Gutes getan habe. »Stattdessen muss das beste Argument und die beste Idee zählen.«

Zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit forderte Andreas Korff (Linke) alle Ratsmitglieder auf. In Hinblick auf den Doppelhaushalt 2010/2011 erklärte er: »Wir hätten es richtig gefunden, wenn sich alle sieben Fraktionen zusammengesetzt hätten und zu einer Lösung gekommen wären, die alle mit gutem Gewissen hätten mittragen können«, sagte der Fraktionsvorsitzende.

## Wie geht es jetzt weiter, Herr Kindler?

»Es ist üblich, dass der beschlossene Haushaltsplan dem Kreis zur Genehmigung vorgelegt wird«, sagte Kämmerer Marco Kindler dem WESTFALENBLATT. Bezogen auf den gestrigen Ratsbeschluss gebe es eine besondere Situation, da sich das Genehmigungsverfahren auf den Haushaltsplan und das zugehörige Haushaltssicherungskonzept erstrecke.

»Da es uns nicht gelingt, für die nächsten Jahre einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen, wird die Aufsichtsbehörde den Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigen können«, erklärt Marco Kindler. Die Haushaltssatzung dürfe somit nicht veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden. »So entsteht die Situation des Nothaushaltes«, fügt der Kämmerer hinzu.



Marco Kindler ist erleichtert, dass der Rat dem Haushaltsplan zugestimmt hat.

Die Aufsichtsbehörde des Kreises werde dann in einer schriftlichen Stellungnahme Hinweise geben, wie die Stadt mit der Situation umgehen soll. Wann diese Stellungnahme vorliege, sei ungewiss. Marco Kindler: »Es wäre wünschenswert, wenn wir sie noch in diesem Jahr erhalten würden.«

Offen sei auch, ob die Aufsichtsbehörde eine Gesamtinterpretation von Haushaltsplan und Haushaltssicherungskonzept abgeben oder einzelne Maßnahmen empfehlen werde. Weitere Einschnitte bei den Ausgaben seien aber in jedem Fall die logische Konsequenz.

»Uns allen ist klar, dass die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt nur wiederhergestellt werden kann, wenn wir wieder einen Ausgleich des Haushalts hinbekommen«, betont der Kämmerer.